

Deutschland.

Berlin, 12. August. Von allen Seiten (bekanntlich von hier früher als von Paris) kommen die Gerüchte, daß Frankreich mit Kompensationsvorschlägen vorgetreten sei. Ueber den Inhalt dieser Vorschläge läßt sich Zuverlässiges augenblicklich durchaus nicht melden, — zumal aber sind alle Nachrichten über bezügliche Details mit der äußersten Vorsicht aufzunehmen, da hier wenigstens solche auch in den allerunterste Kreisen nicht mitgeteilt werden. Nur was die Motivierung des nach allen Seiten hin überraschenden Verhaltens der französischen Regierung betrifft, so scheint sich diese darauf zu berufen, sie habe bei den Präliminär-Verhandlungen angenommen, daß Preußen nur eine territoriale Verbindung seiner Staatstheile suche, nicht aber die völlige Ausfüllung der vorhandenen Lücken durch Einverleibung von ganz Hannover, Kurhessen u. s. w. Wenn diese Motivierung sich bestätigen sollte, so müßte doch darauf hingewiesen werden, wie schon vor Abschluß der Präliminarien als bestimmt angegeben wurde, daß Preußen seine Absicht der Annexion von ganz Hannover u. s. w. ausgesprochen habe und diese von Frankreich nicht minder als von Oesterreich acceptirt worden. Eben dieser Umstand läßt es denn auch als wahrscheinlich annehmen, daß die französische Regierung schwerlich die Absicht hat, die Erfüllung ihrer Wünsche mit allem Nachdruck zu verfolgen. Bis jetzt haben, wie allseitig bestätigt wird, die geführten Verhandlungen den Charakter eines freundschaftlichen Meinungsaustausches in keiner Weise eingebüßt. Daß jedoch, wie der „Köln. Ztg.“ von hier telegraphisch gemeldet wird, Frankreichs Erwartungen und Forderungen nur „bedingungsweise und hypothetisch“ erörtert seien, scheint nicht richtig; vielmehr wird allseitig versichert, daß Preußen jenen Erwartungen ein eben so höfliches als einfaches Non possumus entgegengestellt hat, und dürfte die Abreise des Flügel-Adjutanten v. Loß nach Paris mit der von hier aus erteilten Erwiderung in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Unter allen Umständen darf man als feststehend annehmen, daß die preussische Regierung auch nicht ein einziges deutsches Dorf an Frankreich abzutreten entschlossen und sich der Mittel vollkommen bewußt ist, um auch nach dieser Seite hin allen Eventualitäten ruhig und getrost entgegenzusehen zu können. Man begreift hier jedoch das Vertrauen, daß die gegenwärtige Episode eine weitere Kriegsfolge nicht haben und daß namentlich auch Oesterreich sich nicht ermuntert finden werde, seine Friedensverhandlungen deshalb ins Stocken zu bringen. — Was die „Magd. Ztg.“ von den überaus großen Hindernissen erzählt, welche der Einverleibung der hiezu bestimmten okkupirten Länder von anderer Seite entgegengestellt werden sollen, so daß die Erfolge des Krieges förmlich in Frage ständen, ist Erfindung. Die für die Inkorporation erforderlichen Maßnahmen sind bereits in der Ausführung begriffen und die betreffenden Landtagsvorlagen stehen noch für die gegenwärtige Session in Aussicht. — Die Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten haben hier am Donnerstage Abend begonnen, wo Graf Bismarck die sämtlichen Vertreter derselben (zuletzt Herr v. d. Pfordten) einzeln im Hotel des auswärtigen Ministeriums empfangen hat. — In Nassau und Darmstadt haben unsere Beamten Zustände vorgefunden, die man kaum anders denn als anarchoide bezeichnen kann. In Nassau hatte der Herzog alles bewegliche Landeseigentum — Wertpapiere von ca. 1 Million, das Landesgüt, 300,000 Flaschen Wein u. s. w. — mitgenommen und alle öffentlichen Kassen waren leer. Die Bevölkerung hofft mit Sicherheit auf Einverleibung des Landes mit Preußen. — Die Erklärung Grabow's wegen Nichtannahme der Wahl zum Präsidenten, daß nämlich sein Entschluß eine Folge von Mittheilungen sei, die an ihn und einige seiner Freunde ergangen wären, hat vielfach zu der völlig grundlosen Annahme geführt, jene „Mittheilungen“ seien von der Regierung ausgegangen, dieselbe habe indirekt mit Auflösung gedroht u. s. w. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß der Abgeordnete v. Vinde-Dibendorf, lediglich aus eigenem Antriebe und ohne jede anderweitige Aufforderung, sich veranlaßt gesehen haben soll, von seiner persönlichen Kenntnis der Allerhöchsten Kreise heraus Herrn Grabow zu ersuchen, auf seine Wahl zu verzichten, weil er überzeugt sein könne, daß eine solche Wahl an jener Stelle als ein Symptom der unmittelbaren Fortsetzung des seitherigen Konflikts aufgefaßt werden würde. Die Präsidentenwahl macht mit Berücksichtigung der von den Gewählten abgegebenen Erklärungen wesentlich den Eindruck, daß die Wahl Fordebeck's vor Allem nur den Zweck hatte zu konstatiren, daß die liberalen Parteien die Majorität im Hause besitzen. Sehr bezeichnend ist auch in der Sache die vollständige Erneuerung des Bureau's, da aus ihr thatsächlich hervorgeht, daß die frühere Parole der Wiederwahl der Präsidenten nicht mehr im Hause Geltung hat, und man da nicht wieder anfangen will, mo man früher aufgehört. Darin, daß für Volkum-Vollst's der ehemalige Alterspräsident v. Stavenhagen gewählt wurde, der bei Uebernahme seiner Funktion der patriotischen Stimmung des Landes in so wohlthuender Weise Ausdruck gab, und ebenso in der Wahl Bonin's an Stelle Unruh's darf man gewiß mit Recht die Absicht erblicken, dem vorjährigen Entgegenkommen der Regierung ebenfalls einen Schritt entgegenzuthan. Nach Allem kann man die Hoffnung festhalten, daß das Abgeordnetenhaus in allen sachlichen Entscheidungen auf die vorläufigen Absichten der Staatsregierung eingehen werde. — Während der höchst befriedigende Eindruck der Thronrede durch das Zeugniß aller süddeutschen Zeitungen fast ohne jede Ausnahme und ebenso durch die einstimmigen Aeußerungen im Publikum über jedem Zweifel steht, ist es die „N. Allg. Ztg.“, welche sich von hier berichten läßt, der Eindruck sei ein durchaus ungunstiger gewesen, da die Rede jede Spur eines Entgegenkommens der Regierung vermissen lasse. Ich führe dies nur an als einen Beweis mehr dafür an, daß die „N. A. Z.“, welche

ihrer Zeit eine bedeutende Stellung in der deutschen Publicistik einnahm, sich jetzt offenbar in dem Zustande gänzlicher Verkommenheit befindet. — Da ich von der preussischen Thronrede spreche, so finde hier noch die Notiz Platz, daß der reiche Quaker Peabody sich die Rede durch das transatlantische Kabel hat telegraphiren lassen. Dieser Genuß hat dem Manne 900 Pfund gekostet.

Berlin, 12. August. Se. Majestät der König nahm heute Vormittag die Vorträge der Marschälle Grafen Pücker und Perponcher, des Geheimen Rabinetsraths v. Mühlner, des Militär-Rabinets, des Geheimen Hofraths Borch entgegen und erteilte hierauf Audienz einer Deputation aus Brandenburg, welche eine Adresse überreichte, und dem Sachsen-Meiningschen Obersten v. Buch, der ein Schreiben seines Herzogs überbrachte. Hierauf folgten lange Unterredungen mit dem früheren badenschen Minister v. Roggenbach und dem Grafen Blome-Salzu. Nach einem Besuche des Großherzogs von Oldenburg arbeitete der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck, und um 5 Uhr fand im königlichen Palais Tafel von 39 Bedeckten statt. Nach Aufhebung der Tafel empfing der König den Besuch des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, welcher Nachmittags 6 Uhr von der Main-Armee aus Nürnberg per Extrazug hier eingetroffen und im hiesigen Schlosse abgestiegen war.

Se. Majestät der König hat auf die Nachricht vom Tode des Generals v. Mutius an das General-Kommando des 6. Armeekorps folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich betrauerere mit dem 6. Armeekorps den Tod seines tapfern Führers, im Frieden und Krieg gleich bewährt, vom Korps bekannt zu machen ist.“ (gez.) Wilhelm.

Die „Epen. Ztg.“ schreibt: „Berliner Abendblätter haben auswärtige Telegramme reproduziert, nach welchen die französische Regierung an Preußen Forderungen gestellt habe, die auf Gebietsabtretungen hinausläufen. Wir sind in den Stand gesetzt, diese Nachrichten für unbegründet zu erklären und zu versichern, daß die freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen beider Regierungen zu einander durch keine der schwebenden Fragen beeinträchtigt worden sind.“

Trotz dieser Nachricht und trotz eines Telegramms der „Köln. Zeitung“ aus Berlin, daß in amtlichen Kreisen nichts von französischen Forderungen bekannt sei, müssen wir die früheren Nachrichten doch aufrecht erhalten.

Im Finanz-Ministerium ist, wie versichert wird, vor der in jüngster Zeit eingetretenen Entlassung eines Theils der Reserve die Löhnung für 630,000 Mann ausschließlich für die preussische Armee ausgezahlt worden.

Die von der Fraktion Vinde gestern beim Abgeordnetenhaus eingereichte Adresse lautet:

Allerdurchlauchtigster u.

Eure königliche Majestät haben in einem großen Augenblicke von weltgeschichtlicher Bedeutung uns um Ihren erhabenen Thron versammelt.

Unser Volk preist in Demuth Gottes Gnade, welche Eurer Majestät theures Leben beschirmt, unserm heldenmüthigen Heere, unter der Führung seines Königs, einen raschen, glänzenden Sieg über zahlreiche und tapfere Feinde verliehen hat.

Als der Kampf um die Unabhängigkeit des Vaterlandes nicht länger zu vermeiden war, hat die Regierung Eurer Majestät mit Kühnheit und Entschlossenheit ihn aufgenommen: das preussische Volk in Waffen, durch Eurer Majestät weise Vorsicht für eine stärkere Wachtentwidelung bei Zeiten vorbereitet, hat von Neuem den Sieg an die Fahnen des großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen geknüpft und getragen vom Geiste der Freiheitskriege, deren ruhmwürdige Thaten erneuert.

Viele tapfere Männer ruhen in fremder Erde; mit tiefer Trauer gedenkt das Vaterland seiner entschlafenen Helden. Ihr Blut darf nicht umsonst geflossen sein: Preußen an der Spitze des — soweit zur Zeit irgend möglich — geeinigten Deutschlands ist ein lang ersehnter Kampfspreis für die gebrachten großen und schmerzlichen Opfer.

Wir erkennen als unsere wichtigste Aufgabe, aus allen Kräften dahin mitzuwirken, daß die Früchte unserer Siege von keiner Seite wieder verlümmert werden und sehen den Vorlagen wegen Einverleibung der mit Preußen zu vereinigenen deutschen Länder und wegen Einberufung einer Volksvertretung der Bundesstaaten mit Verlangen entgegen.

Mit großer Befriedigung vernimmt das Land die günstige Lage der Finanzen. Nachdem von Eurer Majestät zu unserer Genugthuung anerkannt ist, daß der Staatshaushalt seine gesetzliche Grundlage nur durch das nach Art. 99 der Verfassungs-Urkunde alljährlich zwischen der Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält, werden wir die uns angeforderte Vorlage wegen der Indemnität für die Vergangenheit, Angesichts der großen Erfolge gern entgegen nehmen und um so bereitwilliger die Mittel gewähren, welche zur erfolgreichen Beendigung des Krieges und zur Bezahlung der Naturalleistungen noch erforderlich sind.

Allergnädigster König und Herr!

In allen großen Tagen unserer preussischen Geschichte fanden zu dem Geiste und der Kraft seiner Fürsten die des Volkes in Aufopferung und Hingebung sich gestellt. So soll es auch ferner unter uns bleiben. Wir stehen zu Eurer Majestät wie unsere Väter zu Ihren Ahnen. Das walte Gott! Und wer möchte dann wider uns sein?

In tieffter Ehrfurcht ersterben wir

Eurer Majestät
allerunterthänigste
(folgen die Unterschriften.)

Ueber die nassauischen Truppen kursiren die abenteuerlichsten Gerüchte; bald sollen sie in München sein, bald nach Wien marschiren. Der Herzog von Nassau ist nämlich noch der einzige deutsche Fürst, der bis jetzt noch um seinen Waffenstillstand nachgesucht hat.

(B. V. Z.) Die Verzögerung des definitiven Friedensschlusses zwischen Oesterreich und Preußen für einige Tage soll nach österreichischen Berichten durch einige Fragen untergeordneter Bedeutung herbeigeführt werden, wie Wildenschwert-Glaser-Anschlußbahn, Zahlungsmobilität der Kriegskosten, Transport der Armeerequisiten und Vermundeten, sowie Feststellung der Zeit für Entlassung der Gefangenen. Es scheint aber, als ob Italien sich nunmehr erst mit Napoleon abfinden soll, was in so fern Verzögerung herbeiführen kann, wenn Preußen nicht eher den Frieden unterzeichnet, bevor nicht die Abtretung Venetiens an Italien in aller Form erfolgt ist und Frankreich aus der ihm gewordenen Cession dieses Landes ein von Italien nicht zu ignorirendes Recht herleitet.

(B. V. Z.) Ein Pariser Korrespondent der „S. V. S.“ hält von den verschiedenen Versionen, wie Frankreich für die Vergrößerung Preußens zu entschädigen sei, für die wahrscheinlichste, daß Frankreich den südlichen Theil von Luxemburg nebst der Festung und einen Streifen belgischen Gebietes mit Bouillon und Philippeville erhalte, wogegen Belgien durch den Rest von Luxemburg und den südlichen Theil von Holländisch-Limburg entschädigt werden, Holland aber einen Streifen hannoversches Gebiet bis zur Ems erhalten solle.

(B. V. Z.) Nachrichten aus Böhmen versichern, daß bedeutende preussische Streitkräfte nach Rheinpreußen dirigirt werden.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt: Der vor einigen Tagen publicirte Erlaß des Kriegsministers und des Ministers des Innern an die königliche Ober-Provincial-Behörde, daß das zweite diesjährige Ersatzgeschäft sofort wieder aufzunehmen sei, soll wie wir hören, gestern wieder zurückgenommen sein. (2) Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so dürfte dadurch der Hoffnung Raum gegeben sein, daß die Verhandlungen mit Frankreich einen befriedigenden Verlauf nehmen.

(N. A. Z.) Die zweite und sechste Abtheilung des Abgeordneten Hauses hielten heut Vormittag Sitzung behufs vorzunehmender Wahlprüfungen. Bemerkenswerth war hierbei ein Fall, der der sechsten Abtheilung zur Prüfung vorlag und dieselbe längere Zeit beschäftigte. Es war die die Wahl des Wahlkreises Orlau-Steinau, in welchem die Abgg. Hoffmann und von Eide gewählt sind. Es lag, wie wir hören, ein Protest vor, weil angeblich der Landrath des Kreises Steinau durch eine Bekanntmachung im Amtsblatt die Wahl des Rittersgutsbesizers von Eide (eines Mitgliedes der konservativen Fraktion) empfohlen hatte. Die Abtheilung debattirte längere Zeit über diesen Gegenstand. Die Majorität beschloß jedoch endlich, dem Plenum zu empfehlen, die Wahl für gültig zu erklären. Dieser Gegenstand wird voraussichtlich am Montag eine längere Diskussion im Plenum hervorrufen.

(N. A. Z.) Nach ihrer Parteistellung gruppiren sich jetzt die Mitglieder des Abgeordnetenhauses folgendermaßen: 4 Minister (die H. v. Roon, Graf v. Eulenburg, Frhr. v. d. Heydt und v. Selchow), welche sich keiner Fraktion angeschlossen haben, 118 Konservative, 80 Mitglieder der Fortschrittspartei, 68 vom linken Centrum, 21 Polen, 23 Alliberale (Fraktion Vinde), 15 Mitglieder der der freien konservativen Vereinigung 16 Mitglieder der katholischen Fraktion und 7 erledigte Mandate.

(N. A. Z.) Am Montag Vormittag 10 Uhr, findet in den Abtheilungen des Abgeordnetenhauses die Wahl der Mitglieder zu den Sachkommissionen statt. Es werden gewählt: 1. für die Geschäfts-Ordnung 14 Mitglieder, 2. für die Petitionen 28 Mitglieder, 3. für die Agrar-Verhältnisse 14 Mitglieder, 4. für Handel und Gewerbe 14 Mitglieder, 5. für Finanzen und Zölle 21 Mitglieder, 6. für das Justizwesen 14 Mitglieder, 7. für das Gemeinwesen 14 Mitglieder, 8. für das Unterrichtswesen 14 Mitglieder, 9. zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats 35 Mitglieder.

Breslau, 11. August. Nachdem bereits seit einigen Wochen Arbeitszüge die Strecke von Reibnitz bis zum Boverbiaukt befahren haben, langte gestern Mittag um 1 Uhr die erste Lokomotive nebst einigen Personenwagen auf dem Bahnhofe in Hirschberg an. Wäre genug Bahnpersonal zur Hand, so könnte die bezeichnete Strecke vielleicht schon in der Mitte des August für das Publikum eröffnet werden; wegen Beschäftigung vieler Bahnbeamten in den besetzten Ländern ist indeß eine Verzögerung des Eröffnungstermins bis zum 1. September sehr wahrscheinlich, wenn nicht in Folge baldigen Friedensschlusses die Unsrigen bald zurückkehren.

Kiel, 10. August. Das hiesige Marinesstations-Kommando theilt der „Kiel. Zeitung“ mit: „Die Brigg „Rover“ hat auf der Reise von Danzig hierher verloren 1 Mann an der Cholera am 1. August, seitdem sind Cholerafranke auf dem Schiffe nicht vorgekommen. Der „Rover“ ist in Beobachtungs-Quarantaine.“

Darmstadt, 9. August. Von unserer zweiten Kammer haben 26 Mitglieder, denen sich auch badiſche (aber nur in geringer Anzahl, weil ihnen die Einladung zu spät gekommen war) angeschlossen hatten, sich zu folgender Erklärung vereinigt: „Das deutsche Volk erkenne in seiner Vereinigung zu einem Bundesstaate unter einheitlicher Führung mit gemeinsamer Volksvertretung die Bedingung und Gewähr für Unabhängigkeit und Stärke nach Außen, für Friede und freie Entwicklung im Innern; eine Trennung Deutschlands nach der Mainlinie entspräche nicht diesem Bedürfnis und Streben: man wolle keinen Sonderbund, sondern unbedingten Anschluß an den deutschen Bundesstaat unter Führung Preußens.“

